

Beschlussauszug an Sitzung	Fachbereich Soziale Stadt 29. Sitzung des Stadtrates -öffentlicher Teil-
Tagesordnungspunkt Vorlagen-Nr.	7 BV-105/2011

Beschluss des Stadtrates der Lutherstadt Wittenberg vom 29.02.2012

Beschluss-Nr.: I/280-29-12

Betreff:

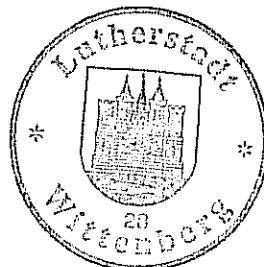
Grundsätze zur Übertragung von Sportstätten in die Verantwortung von Sportvereinen

1. Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt die Grundsätze zur Übertragung städtischer Sportstätten in die Verantwortung von Sportvereinen (Anlage 2).
2. Der Beschluss des Stadtrates vom 07.03.1995, Beschluss-Nr. I/150-9-95, Betreff: Übertragung städtischer Sportanlagen an Sportvereine, wird aufgehoben (Anlage 3).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen


Naumann
Oberbürgermeister



Grundsätze zur Neuordnung der vertraglichen Beziehungen zur Überlassung von Sportstätten an Sportvereine und deren Förderung

1. Die Überlassung städtischer Sportstätten an Vereine kann in folgenden Vertragsformen erfolgen:
 - a) Nutzungs-/ Gebrauchsüberlassungsvertrag
 - b) Pachtvertrag
 - c) Erbpachtvertrag

Die Verantwortung der Vereine für die Bewirtschaftung, den Betrieb und die Erhaltung der Sportstätte wächst dabei von Variante a) bis Variante c).
2. Mehrjährige Fördervereinbarungen für in die Verantwortung von Vereinen übernommene Sportstätten sind vom Stadtrat zu bestätigen.
3. Für die Überlassung der Sportstätten wird grundsätzlich ein Nutzungsentgelt vereinbart. Dieses wird vollständig gefördert oder nicht erhoben, solange der Sportverein die Sportstätte vereinbarungsgemäß zur nicht auf Erwerb gerichteten sportlichen Betätigung nutzt und die Sportstätte diskriminierungsfrei grundsätzlich für alle Einwohner der Stadt, auch im Rahmen einer Vereinsmitgliedschaft, zugänglich ist. Im Gegenzug werden die Sportvereine verpflichtet, einen Beitrag zur laufenden Betreuung, Pflege und Instandhaltung der Sportstätte, insbesondere durch Eigenleistungen ihrer Mitglieder, zu erbringen.
4. Neubau- und Instandsetzungsmaßnahmen sind gesondert mit der Stadt zu vereinbaren. Wenn die baulichen Anlagen der Sportstätte im Eigentum der Stadt verblieben sind (Varianten 1a und 1b), werden diese in der Regel durch die Stadt durchgeführt und finanziert. Ausnahmen sind möglich, wenn nur durch den Sportverein Fördermittel oder Mittel und Leistungen von Dritten (Spenden oder Sponsorleistungen) eingeworben werden können.
5. Betriebskosten für überlassene Sportstätten werden grundsätzlich vom Verein mit den Leistungserbringern abgerechnet. Die für den Betrieb der Sportstätte erforderlichen Aufwendungen werden in der Regel im Verhältnis von 70 zu 30 v. H. zwischen Stadt und Verein geteilt. Für die Sportstätte wird mit den einzelnen Betriebskostenarten wie folgt verfahren:
 - a) Heizkosten: Basis ist das langjährige Mittel des Heizenergiebedarfs der Sportstätte in kWh. Der Energieträgerverbrauch wird entsprechend dessen energetischem Gehalt in kWh umgerechnet. Dieser Wert kann um witterungsbedingte Einflüsse korrigiert werden im Verhältnis des Heizenergieverbrauchs städtischer Objekte im Berechnungsjahr zu deren durchschnittlichen Heizenergieverbrauch. Der so ermittelte Energiebedarf wird mit dem aktuellen Energieeinstandspreis des Berechnungsjahres bewertet. Daraus ergeben sich die im Berechnungsjahr anzuerkennenden Heizkosten, die in die Betriebskostenabrechnung einfließen. Bei von der Stadt durchgeführten energetischen Sanierungsmaßnahmen ist der Basiswert (langjähriges Mittel) zu korrigieren.
 - b) Elektroenergie: Die Kosten für Elektroenergie fließen in Höhe des langjährigen Mittels des Energieverbrauchs in kWh und mit den aktuellen Preisen in die Betriebskostenabrechnung ein. Diese sind stark nutzungsabhängig und durch das Verhalten der Vereinsmitglieder und Nutzer zu beeinflussen.
 - c) Wasser, Abwasser: Der Verbrauch dieser Medien ist ebenfalls nutzerabhängig. Er fließt mit den langjährigen Mittelwerten und jeweils aktuellen Preisen in die Betriebskostenabrechnung ein. Der Energieverbrauch für die Erzeugung von

Warmwasser wird beim Heizenergiebedarf oder beim Elektroenergiebedarf berücksichtigt.

- d) Objektversicherungen: Die von der Stadt getragenen Objektversicherungen fließen mit ihrem aktuellen Rechnungsbetrag ein.
- e) Inhalts- und Betriebsversicherungen werden von den Sportvereinen getragen und fließen mit dem aktuellen Rechnungsbetrag ein.
- f) Reinigung, Objektpflege, Instandhaltungsaufwendungen, Winterdienstleistungen werden mit dem erforderlichen Lohnaufwand (Personaleinsatz der Stadt vor Übergabe) sowie den bezogenen Fremdleistungen und dem Materialeinsatz berücksichtigt.

Die rechnerischen Kosten für den Betrieb der Sportstätte werden summiert. Allgemein werden 70 % des ermittelten Betrages als Förderung von der Stadt bereitgestellt. Die verbleibenden Aufwendungen sind durch den Verein selbst zu tragen. Der Verein kann dabei seinen Anteil auch durch Leistungen seiner Mitglieder für die Pflege und Instandhaltung der Sportstätte erbringen

- 6. Bei einem hohen Anteil von Kindern und Jugendlichen im Verein und aktiver Jugendarbeit kann eine höhere Förderung, bei Sportarten, die hauptsächlich von Erwachsenen nur mit hohem persönlichen Kapitaleinsatz ausgeübt werden können, kann eine verminderte Betriebskosten-Förderung vereinbart werden.
- 7. Die durch eine Schulnutzung verursachten Betriebskosten sind vom Schulträger zu finanzieren. Deshalb sind kostendeckende Entgelte zu vereinbaren. Diese müssen die zeitanteiligen Grundkosten, sowie die nutzungsbedingten Mehrkosten vollständig decken. Einnahmen aus Schulnutzungen werden von den förderfähigen Gesamtbetriebskosten abgezogen. Diese Einnahmen vermindern den Förderanspruch gegen die Stadt.
- 8. Bei einer Nutzung durch andere Sportvereine und andere gemeinnützige Gruppen ist nur eine Kostenbeteiligung in Höhe des (30%-igen) Eigenanteils zuzüglich der nutzungsbedingten Mehraufwendungen (Wasser, Licht, Reinigung) zu verlangen. Das kann durch Zahlung entsprechender finanzieller Beiträge oder auch durch andere Leistungen des nutzenden Vereins erfolgen. Einnahmen aus der Nutzung durch andere Vereine werden bei der Bemessung der Förderung nicht berücksichtigt.
- 9. Betriebskosten für Vereinsgeschäftsräume, Vereinsgaststätten, Clubräume und ähnliche für den Sportbetrieb nicht notwendigen Räume sind gesondert zu ermitteln und vollständig vom Verein zu tragen. Das soll vorzugsweise durch den Einbau geeigneter Messeinrichtungen erfolgen, kann aber auch durch Berechnungen geschätzt werden. Unter der Voraussetzung einer getrennten Betriebskostenabrechnung und –tragung bleiben Einnahmen aus diesem Bereich vollständig beim Verein. Diese Einnahmen können der Erwirtschaftung des finanziellen Eigenanteils an den Betriebskosten oder den Aufwendungen für den Sportbetrieb dienen.
- 10. Eine Anpassung der Förderung an veränderte wirtschaftliche und technische Rahmenbedingungen, wie die Preisentwicklung für Medien und Energieträger und die Entwicklung der Lohnkosten erfolgt durch Vereinbarung zwischen Stadt und Verein.
- 11. Die jährliche Fördermittel- und Betriebskostenabrechnung ist von der Verwaltung zu prüfen und soll dem zuständigen Fachausschuss bei wesentlichen Abweichungen von den in der jeweiligen Fördervereinbarung vereinbarten Werten vorgelegt werden. Dieser kann die Vorlage vorliegender Abrechnungen verlangen.